



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

40. Sitzung (nicht öffentlich)

28. Oktober 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenographin: Petra Dischinger (Gast)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Einzelberatung der Haushaltsansätze - Kap. 15 060 und 15 510

Vorlagen 12/2897 und 12/2898

1

Der Ausschuß befaßt sich mit der Einzelberatung ihn betreffender Teile des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 12/4200, und beschließt, am 25. November 1999 abschließend zu beraten.

**2 Experimentierklausel § 126 GO
(Andere Gremien anstelle von Ausländerbeiräten)**

- abgesetzt -

**3 Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf - Integrationspolitische
Aspekte, Förderung des interkulturellen Zusammenlebens in Stadtteilen**

3

Einem ausführlichen Bericht der Ministerin Brusis schließt sich eine
Aussprache an.

4 Verschiedenes

- Siehe Seiten 12 und 13 des Diskussionsteils -

Aus der Diskussion

Vorsitzende Christiane Bainski begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Abgeordneten Zylajew in seiner neuen Funktion als migrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, und gibt bekannt, daß für die ausgeschiedenen Ausschußmitglieder Oliver Wittke und Heinrich Meyers die CDU-Fraktion die Abgeordneten Eva Heidemann und Michael Solf nachbenannt habe. Das stellvertretende Mitglied Maria Theresia Opladen wird von Frau Margarete Roderig abgelöst.

Die Vorsitzende teilt mit, daß Frau Oberregierungsrätin Bärbel Kampmann nach langer Krankheit verstorben sei. Dies stelle einen schmerzlichen Verlust dar, da der Ausschuß mit ihr eine konstruktive und kompetente Ansprechpartnerin im MASSKS verloren habe.

Weiterhin begrüßt die Vorsitzende als Gäste Herrn Keltok von der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte sowie Herrn Pastor Lohmeyer vom Landesbeirat, und bittet sie, während der Beratungen zu TOP 1 den Raum zu verlassen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung schlägt die Vorsitzende vor, TOP 2 auf Wunsch des Innenministeriums mangels neuer Erkenntnisse abzusetzen und den unter diesem Tagesordnungspunkt vorgesehenen Bericht zur Experimentierklausel § 126 GO zu einem späteren Zeitpunkt zu hören. - Hiermit ist der Ausschuß einverstanden.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Einzelberatung der Haushaltsansätze - Kap. 15 060 und 15 510

Vorlagen 12/2897 und 12/2898

Vorsitzende Christiane Bainski ruft Kap. 15 060 seitenweise zur Beratung auf.

Georg Gregull (CDU) überläßt zu Tit. 684 61 (Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen) dem Ausschuß eine Aufstellung des Bundes der Vertriebenen, in der auf Veranstaltungen eingegangen werde, die nach den aktuellen Haushaltsansätzen nicht mehr durchgeführt werden könnten, und bittet darum, für die Antragstellung daraus Konsequenzen zu ziehen.

Ministerin Brusis erläutert, die in Tit. 684 61 ausgewiesenen Mittel seien Mittel für die institutionelle Förderung nach § 96 BVFG, und aus allgemeinen Kulturmitteln könnten keine

weiteren Projekte gefördert werden. Sie sehe in diesem Zusammenhang keinen Spielraum für Projektförderung mehr.

Zu Tit. 712 61 (Gerhart-Hauptmann-Haus) erinnert **Georg Gregull (CDU)** an zusätzlichen Mittelbedarf für Brandschutzmaßnahmen beim Umbau des Gerhart-Hauptmann-Hauses und bittet um Darstellung der zukünftigen Pläne für diese Einrichtung.

Ministerin Brusis erinnert an die Diskussion über das Gerhart-Hauptmann-Haus im Plenum vor einem Jahr. Um die problematische Entwicklung bei der Nutzung der Gaststätte im Gerhart-Hauptmann-Haus zu beenden, seien die entsprechenden Umbaumaßnahmen beschlossen worden, die nunmehr durch umfassende Brandschutzmaßnahmen zu erhöhten Kosten von 57 000 DM führten. Die im aktuellen Haushalt für den Umbau ausgewiesenen 220 000 DM seien dafür so umgewidmet worden, daß der Umbau mit den Brandschutzauflagen habe begonnen werden können. Sie bemühe sich derzeit, die noch fehlenden Mittel für Brandschutzmaßnahmen und Umbau über die Ergänzungsvorlage der Landesregierung zum Haushaltsentwurf bereitzustellen zu können.

Gisela Gebauer-Nehring (SPD) bringt für ihre Fraktion die Unterstützung des Vorhabens der Landesregierung im Hinblick auf das Gerhart-Hauptmann-Haus zum Ausdruck.

Namens der GRÜNEN-Fraktion erklärt **Vorsitzende Christiane Bainski**, man werde sich mit dem Vorhaben noch näher befassen.

Willi Zylajew (CDU) bittet zu Tit. 684 63 (Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger) um Auskunft, welche Einzelbereiche für die Förderung von 1,2 Millionen DM vorgesehen seien.

Regierungsangestellter Rütten (MASSKS) nennt als Einzelbereiche Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung, die seit 1992 regelmäßig gefördert würden. Der Ausschuß sei dreimal über die Einzelprojekte informiert worden. Die Förderung erfolge auf Antrag in der Regel über die Bewilligungsbehörde, das Versorgungsamt Düsseldorf. Es gebe mehr Projekte als früher, die nicht nur von Verständigung redeten, sondern bei Konflikten in den Nachbarschaften versuchten, Mediation zu betreiben.

Die Frage von **Willi Zylajew (CDU)**, ob für die zum UN-Tag gegen Rassismus am 21. März 2000 von den NGOs geplante Antidiskriminierungsaktion eine Fördersumme vorgesehen sei, wird von Herrn **Regierungsangestellten Rütten (MASSKS)** verneint.

Vorsitzende Christiane Bainski ruft Kap. 15 510 seitenweise zur Beratung auf.

Willi Zylajew (CDU) bittet zu Tit. 425 81 (Bezüge für Angestellte) um Informationen zu den Mehrausgaben in Höhe von 309 000 DM.

Regierungsangestellte Huesmann (MASSKS) erläutert, die Ansätze seien auf der Grundlage der Ist-Ausgabe 1998 in Höhe von 919 000 DM errechnet worden. Diese festen Vorgaben des Finanzministers führten zu diesem Ergebnis.

Vorsitzende Christiane Bainski schließt die Einzelberatung ab und kündigt die abschließende Beratung mit Abstimmung über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf für die Sitzung am 25. November an. Änderungsanträge seien dem Ausschußsekretariat bis spätestens 24. November, 16 Uhr, zuzuleiten.

TOP 2 - "Experimentierklausel § 126 GO" - wurde vom Ausschuß bereits vertagt (s. o., S. 1).

3 Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf - Integrationspolitische Aspekte, Förderung des interkulturellen Zusammenlebens in Stadtteilen

Ministerin Brusis erstattet dem Ausschuß den folgenden Bericht:

Die Landesregierung hat 1993 das ressortübergreifende Handlungsprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf beschlossen. Mit diesem Programm wird das Ziel verfolgt, schwierige Stadtteile zu stabilisieren und aufzuwerten, um soziale Brüche in unseren Städten zu verhindern oder sie zumindest abzumildern.

Zwischenzeitlich sind 28 Stadtteile im Programm, die zwei Gebietstypen zuzuordnen sind: Es sind entweder altindustrielle hochverdichtete Innenstadt- oder Innenstadtrandlagen oder hochverdichtete Wohnsiedlungen der sechziger und siebziger Jahre, meist in Stadtrandlage, vielfach sogar Trabantenstädte.

Der besondere Erneuerungsbedarf ergibt sich aus den meist identischen Merkmalen sozialer und räumlicher Benachteiligung. Dazu gehören überdurchschnittliche Anteile an sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Arbeitslose, Obdachlose und Sozialhilfeempfänger, hohe Anteile an ausländischen Bewohnern und Bewohnerinnen, überdurchschnittliche Anteile an Kindern und Jugendlichen, städtebauliche und ökologische Defizite, wohnungs- und wohnumfeldbezogene Mängel, unzureichende Aus-